

Pol. g.

718

m

Pol. Gen
718m

De
Saine

*Spectamus, quae coram
habentur.*

Tacitus.



Ex libr. P. Roth.

<36629990920015



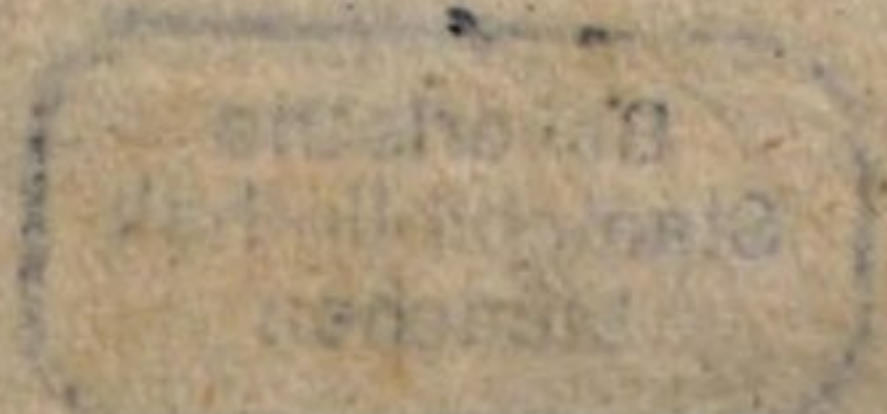
<36629990920015

Bayer. Staatsbibliothek

Ueber
die Regierungen
und
die Ur-Grundsätze
einer jeden derselben.

Aus dem Englischen
des
Thomas Paine.

Paris
im dritten Jahre der Republik.



Die Register

des

Landes

von

Bayern

Paris

im Druck

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Es giebt keinen Gegenstand, der jeden Menschen näher angienge, als die Regierung. Er sei reich oder arm, so ist seine Sicherheit und grölstentheils seine Glückseligkeit damit verflochten; deswegen fordert ihn sowohl sein Interesse, als seine Pflicht auf, sich mit ihren Grundsätzen und mit dem, was die Regierung in der Praxis seyn sollte, bekannt zu machen.

Jede im Anfange noch so unvollkommne Kunst und Wissenschaft hat man studirt, verbessert, und durch die fortschreitenden Bemühungen der aufeinander gefolgten Geschlechter zu dem Grade gebracht, den wir

Vollkommenheit nennen. Die Regierungswissenschaft allein ist stehen geblieben. Keine Verbesserung weder in den Grundsätzen und kaum in der Ausübung ist bis zu der Amerikanischen Revolution gemacht worden. In allen Gegenden Europens (Frankreich ausgenommen) bestehen noch dieselben Formen und Systeme, die in entfernten Zeitaltern errichtet wurden, und ihr Alterthum wird an die Stelle des Grundsatzes gesetzt; es ist verbothen, ihrem Ursprunge oder dem Rechte, kraft welches sie existiren, nachzuspüren; wenn man nach der Ursache dieser Erscheinung forscht, so ist die Antwort leicht: nemlich, sie wurden auf einen falschen Grundsatz aufgeführt, und sie gebrauchen ihre Macht, die Entdeckung davon zu verhindern.

Ohnerachtet des geheimen Dunkels, in welches man die Regierungswissenschaft eingehüllt hat, um die Menschen zu Sklaven zu machen, sie zu plündern und zu betrügen,

so ist sie doch die am wenigst geheimnißvolle und leichtverständlichste Sache. Der Mensch von den geringsten Fähigkeiten kann sie fassen, wenn er seine Untersuchung vom rechten Punkt anfängt. Jede Kunst und Wissenschaft hat einen gewissen Punkt oder ein Alphabet, bei oder mit welchem das Studium derselben anfängt, und mit deren Hülfe die Fortschritte erleichtert werden. Dieselbe Methode sollte man in Betref der Regierungswissenschaft beobachten.

Anstatt also den Gegenstand durch viele Unterabtheilungen zu verwirren, unter welche verschiedene Regierungsformen klassifizirt wurden, wie z. B. Aristokratie, Demokratie, Oligarchie, Monarchie u. s. w., so ist es besser mit den Hauptabtheilungen, oder mit denen anzufangen, die alle Unterabtheilungen begreifen.

Der Hauptabtheilungen sind zwei:

1) *Regierung durch Wahl und Stellvertretung.*

2) *Regierung durch Erbfolge.*

Alle die verschiedenen Regierungsformen und Systeme, so zahlreich und verschieden sie auch sind, gehören unter eine von diesen Hauptabtheilungen, denn sie sind entweder nach dem Stellvertretungs- oder Erbfolgesystem gemodelt. Was das zweideutige Ding betrifft, welches *gemischte Regierung* genannt wird, wie die letzte Regierung von Holland, und die jetzige Regierung von England, so macht dies von der allgemeinen Regel keine Ausnahme, weil die Theile, einzeln betrachtet, entweder zum Stellvertretungs- oder Erbfolgesystem gehören.

Wenn wir unsere Untersuchungen hierüber anfangen, so müssen wir zuerst die Natur dieser beiden Hauptabtheilungen näher beleuchten. Sind sie beide im Grundsatz gleich richtig, so wird es dann bloß Sache der Meinung, welchem System wir den Vorzug geben wollen; ist das eine aus-

gemacht besser als das andere, so sollte diese Verschiedenheit unsre Wahl bestimmen; ist das eine aber so schlechterdings falsch, daß es kein Recht zu existiren hat, so ist die Sache auf einmal von sich selbst klar, weil, wenn unter zwey gegebenen Sachen, wovon die eine angenommen werden muß, die Falschheit der einen bewiesen wird, dadurch die andere Bestätigung erhält.

Die Revolutionen, die sich jezt in der Welt ausbreiten, haben ihren Ursprung in dieser Lage der Dinge, und der jetzige Krieg ist ein Streit zwischen dem auf die Rechte des Volks gegründeten Stellvertretungssystem und dem auf Usurpation gegründeten Erbfolgesystem. Das, was man Monarchie, Königschaft, Aristokratie nennt, bezeichnet, weder als Sachen, noch als Ausdrücke betrachtet, hinreichend das Erbfolgesystem, denn dies sind nur aus dem Erbfolgesystem fließende, aber nicht wesentliche Sachen und Bezeichnungen, welche von

selbst fallen, wenn dieses System kein Recht zu existiren hat. Gäbe es keine solche Ausdrücke, als Monarchie, Königschaft, Aristokratie, oder wären andre Ausdrücke statt diesen da, so wird dadurch das Erbfolgesystem, wenn es fortdauert, gar nicht verändert, es würde immer dasselbe System, nur unter einem andern Namen, seyn.

Der Karakter der Revolutionen gegenwärtiger Zeit unterscheidet sich ganz bestimmt dadurch, daß er auf das System der Stellvertretungsregierung im Gegensatz der erblichen Regierung gegründet ist. Keine andere Unterscheidung erschöpft das Ganze des Grundsatzes.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen will ich zuerst das Erbfolgesystem untersuchen, weil es wegen seines Alters den Vorzug verdient. Das Stellvertretungssystem ist die Erfindung der neuen Welt; und damit über meine eigene Meinung kein Zweifel entstehen möge, so erkläre ich im vor-

aus, daß es nach meiner Ueberzeugung in dem Euklid kein Problem giebt, welches mathematisch richtiger sei, als daß die Erbregierung kein Recht zu existiren hat. Wenn wir inzwischen von irgend einem Menschen die Ausübung der erblichen Gewalt erhalten, so erhalten wir etwas, was dieser Mensch nie zu besitzen das Recht hatte, und worauf ihm weder Gesetz noch Gewohnheit nie ein Recht geben konnte, oder geben kann.

Die Beweise, die man bisher gegen das Erbfolgesystem angewendet hat, waren vorzüglich von der innern Ungereimtheit desselben und von seiner Unfähigkeit, eine gute Regierung zu bilden, hergenommen. Man kann auch wirklich unserm Verstande oder unserer Einbildungskraft keine Sache von größerer Ungereimtheit zeigen, als die Regierung einer Nation, die in die Hände eines Knaben, wie dies oft geschieht, fällt, der nothwendig von aller Erfahrung ent-

blöfst, und oft wenig besser als ein Narr ist. Dies ist eine Beschimpfung für jeden Mann von Jahren, von Karakter und Talent in dem Lande. Das Erbfolgesystem wird in dem Augenblick, wo wir darüber zu vernünfteln anfangen, lächerlich; man lasse nur eine einzige Idee aufsteigen, und tausend andere werden sogleich folgen. Bedeutungslosigkeit, Geistes- und Leibesschwachheit, Kindheit, Aberwitz, Mangel aller Moralität, kurz, jedes ernsthafte und lächerliche Gebrechen vereinigt sich, um das Erbfolgesystem als eine lächerliche Figur darzustellen. Doch ich überlasse die Lächerlichkeit dieser Sache der Ueberlegung des Lesers, und gehe zu dem wichtigern Theil der Frage über, nemlich, ob ein solches System das Recht zu existiren habe?

Um von dem Recht eines Dinges zu seiner Existenz überzeugt zu seyn, müssen wir uns zuvor überzeugen, daß es ein Recht hatte anzufangen. Wenn es kein

Recht anzufangen hatte, so ist es kein Recht fortzudauren. Kraft welchen Rechts fieng dann das Erbfolgesystem an? Jeder mache sich nur selbst die Frage, und er wird finden, daß er sich keine befriedigende Antwort darauf geben könne.

Das Recht, welches ein Mann oder eine Familie hat, sich selbst zuerst aufzuwerfen, eine Nation zu regieren, und dieses angemessene Recht erblich zu machen, war kein anderes Recht, als was Robespierre hatte, eben dasselbe in Frankreich zu thun. Wenn er kein Recht dazu hatte, so hatten sie ebenfalls keins. Hatten sie ein Recht dazu, so hatte er es eben so gut, denn es ist unmöglich, in einer Familie solche höheren Rechte zu entdecken, kraft welcher erbliche Regierung anfangen konnte. Die Capets, die Guelfen, die Robespierre's, die Marat's stehen alle auf derselben Linie, wenn die Frage von Recht ist, es gehört ausschließlich keinem.

Es ist schon ein Schritt zur Freiheit, wahrzunehmen, daß erbliche Regierung als ein ausschliessendes Recht in einer Familie nicht anfangen konnte. Die nächste Frage wird nur diese seyn, ob die erbliche Regierung, nachdem sie einmal angefangen hatte, durch die Länge der Zeit ein Recht werden konnte? Dies würde aber eine Ungereimtheit voraussetzen; denn dies hiesse entweder die Zeit an die Stelle des Grundsatzes setzen, oder über den Grundsatz erheben, da doch Zeit nicht mehr Verbindung mit dem Grundsatz oder Einfluß auf denselben hat, als Grundsatz auf Zeit. Das Unrecht, welches vor tausend Jahren begann, ist eben so ein Unrecht, als wenn es erst jetzt anfänge, und das Recht, welches heute entspringt, ist eben so gut ein Recht, als wenn es die Sanktion von tausend Jahren hätte. Zeit ist in Betref der Grundsätze ein ewiges Jetzt, sie hat keine Wirkung auf dieselben, und sie verändert nichts an ihrer Natur und

ihren Eigenschaften. Was gehen uns dann die tausend Jahre an; unsre Lebenszeit ist ja nur ein kleiner Theil dieser Periode, und wenn wir bei dem Anfange unsers Lebens ein existirendes Unrecht finden, so ist dies der Zeitpunkt, an welchem es für uns anfängt, und unser Recht, demselben zu widerstehen, ist eben dasselbe, als wenn es nie vorher existirt hätte.

Da erbliche Regierung weder als ein natürliches Recht in einer Familie anfangen, noch nach dem Anfange desselben irgend ein Recht von der Zeit erhalten konnte, so haben wir nun zu untersuchen, ob es in einer Nation ein Recht geben könne; erbliche Regierung einzuführen und festzusetzen, durch das, was man Gesetz nennt wie es in England geschehen ist? Ich antwortete nein, und jedes in dieser Absicht gemachte Gesetz oder entworfenne Konstitution ist eine Verrätherei an den Rechten eines jeden Minderjährigen in der Nation zu der

Zeit als es gemacht wird, und an den Rechten aller nachfolgenden Geschlechter. Ich will über beides weitläuftiger sprechen, zuerst über den Minderjährigen zu der Zeit, als ein solches Gesetz gemacht wird, und hernach über die folgenden Geschlechter.

Eine Nation im kollektiven Sinne begreift alle Individuen jedes Alters von dem eben gebohrnen Kinde bis zu dem eben sterbenden Greise. Ein Theil von diesen werden Minderjährige, der andere Theil Erwachsene seyn. Die Mittelzahl der Lebensjahre ist nicht genau dieselbe in jedem Klima und jeder Gegend, allein im Allgemeinen sind die Minderjährigen in Jahren die Mehrheit nach der Zahl, das heist, die Zahl der Personen unter ein und zwanzig Jahren ist grösser, als die Zahl der Personen über diesem Alter. Dieser Unterschied an der Zahl ist zur Feststellung des Grundsatzes, den ich beweisen will, nicht nöthig, allein er dient dazu, die Richtigkeit desselben desto stren-

ger zu beweisen. Der Grundsatz würde derselbe bleiben, wenn die Mehrheit in Jahren auch die Mehrheit in der Zahl wäre.

Die Rechte der Minderjährigen sind so heilig wie die Rechte der Erwachsenen. Der Unterschied ist einzig und allein in dem verschiedenen Alter der beiden Theile, aber gar nicht in der Natur ihrer Rechte; diese sind für beide die nemlichen, und müssen unverletzt als eine Erbschaft der Minderjährigen für ihr erwachsenes Alter erhalten werden. Während der Minderjährigkeit der heranwachsenden Menschen stehen ihre Rechte unter der heiligen Vormundschaft der Erwachsenen. Der Minderjährige kann sie nicht aufgeben; der Vormund kann ihn nicht aus deren Besitz stossen, folglich hat und kann der erwachsene Theil der Nation — welcher der Gesetzgeber für die *gegenwärtige Zeit*, und im Lauf des Lebens nur wenige Jahre das Haupt derer ist, die grade minderjährig sind, und denen er bald Platz

machen muß — nicht das Recht haben, ein Gesetz zu machen, durch welches erbliche Regierung, oder um bestimmter zu sprechen, *eine Erbfolge der Regierer* eingeführt und festgesetzt wird; weil dies ein Versuch ist, jeden Minderjährigen in der Nation zu derjenigen Zeit, als ein solches Gesetz gemacht wird, der Erbschaft seiner Rechte für sein erwachsenes Alter zu berauben, und ihn einem Regierungssystem zu unterjochen, zu dem er während seiner Minderjährigkeit weder seine Zustimmung geben, noch seine Verweigerung entgegensetzen konnte.

Wenn eine Person, die zu der Zeit, wo ein solches Gesetz vorgeschlagen wird, minderjährig ist, wenige Jahre eher gebohren worden wäre, so daß sie das Alter von 21 Jahren zur Zeit als dasselbe vorgeschlagen wurde, gehabt hätte, so würde ihr Recht, dagegen Einwendung gemacht, die Ungerechtigkeit und die tyrannischen Grundsätze desselben gezeigt, und dagegen gestimmt

zu

zu haben, von allen Seiten anerkannt worden seyn. Wenn nun ein Gesetz dahin geht, die Ausübung derselben Rechte, wenn er zu reiferm Alter gelangt ist, zu verhindern, da er doch das Recht, sie auszuüben, gehabt hätte, wenn er zu der Zeit erwachsen gewesen wäre, so ist dies unläugbar ein Gesetz, welches jedem Menschen in der Nation, der zu der Zeit, wenn ein solches Gesetz gemacht wird, minderjährig ist, seine Rechte und folglich auch das Recht zu machen, daß es nicht existiren kann, raubt und vernichtet.

Ich will nun von der erblichen Regierung in Betref der folgenden Geschlechter sprechen, und zeigen, daß in diesem Fall, wie in dem Fall der Minderjährigen in keiner Nation ein Recht existire, dieselbe festzusetzen.

Eine Nation, ob sie gleich fortdaurend existirt, ist in einem immerwährenden Zustande der Erneuerung und Aufeinanderfol-

gung; sie ist nie stillstehend. Jeder Tag sieht neue Geburthen, sieht Minderjährige zum reifen Alter gelangen, und Alte von der Bühne abtreten. In dieser stets strömenden Fluth der Geschlechter hat kein Theil mehr Autorität als der andere. Könnten wir eine Idee von Hoheit in einem der Geschlechter fassen, in welchen Zeitpunkt, oder in welches Jahrhundert der Welt würden wir es setzen? Welcher Ursache würden wir dies zuschreiben? Mit welcher einleuchtenden Gewissheit würden wir dies beweisen? An welchem Merkmal wollen wir es erkennen? Ein Augenblick des Nachdenkens wird uns lehren, daß unsre Vorfahren, wie wir selbst, bloß lebenslängliche Lehnsleute in dem grossen Freilehn der Rechte waren. Das Freilehn gehörte nicht ihnen, auch nicht uns unumschränkt zu, sondern es gehört der ganzen Menschenfamilie durch alle Alter. Wenn wir anders denken, so denken wir als Sklaven oder als Tyrannen:

als *Sklaven*, wenn wir glauben, daß eins der vergangnen Geschlechter das Recht hatte, uns zu binden; als *Tyrannen*, wenn wir glauben, die Autorität zu haben, die nachkommenden Geschlechter zu binden.

Es wird hier nicht am unrechten Orte seyn, eine Erklärung von dem zu geben, was unter Geschlecht in dem Sinne, wie das Wort hier genommen wird, verstanden werden muß.

Als ein natürlicher Ausdruck ist sein Sinn hinreichend klar. Der Vater, der Sohn, der Großvater sind eben so viele verschiedene Geschlechter. Wenn wir aber von einem Geschlecht sprechen, welches sowohl die Personen bezeichnet, in deren Händen gesetzmäßige Autorität liegt, als auch von dem folgenden Geschlecht unterschieden ist, so begreift es alle diejenigen, welche zu der Zeit, von der wir zu zählen anfangen, über ein und zwanzig Jahr alt sind; und ein solches Geschlecht wird die Autorität zwischen

dem 21sten und 40sten Jahr besitzen, das heisst, bis die Zahl der Minderjährigen, die zu reifem Alter gelangt sind, grösser seyn wird, als die Zahl der von dem letzten Geschlecht übrigbleibenden Personen. Wenn z. B. Frankreich in dieser oder in jeder andern Epoche 24 Millionen Menschen enthält, so werden davon zwölf Millionen männlichen und zwölf Millionen weiblichen Geschlechts seyn. Von den zwölf Millionen männlichen Geschlechts werden sich sechs Millionen in dem Alter von ein und zwanzig Jahr, und sechs Millionen unter diesem Alter befinden; die Autorität, zu regieren, wird also in den Händen der ersten sechs Millionen seyn. Allein jeder Tag wird eine Veränderung machen, und in ein und zwanzig Jahren wird jeder von den am Leben gebliebenen Minderjährigen erwachsen, und der grösste Theil des vorigen Geschlechts abgetreten seyn; die Mehrheit der dann lebenden Personen, in deren Händen die gesetz-

mäßige Autorität ist, wird aus denen bestehen, die ein und zwanzig Jahre vorher keine gesetzmäßige Existenz hatten. Diese werden an ihre Reihe Väter und Großväter, und in den nächsten ein und zwanzig Jahren (oder auch in kürzerer Zeit) wird ein anderes erwachsenes Geschlecht von Minderjährigen ihnen folgen, und so immer fort.

Da sich dies beständig so verhält, und da jedes Geschlecht einem andern in Rechten gleich ist, so folgt nothwendig, daß kein einziges Geschlecht das Recht haben kann, eine erbliche Regierung einzuführen, weil dies voraussetzen würde, daß es ein höheres Recht als die übrigen, nemlich, das Recht gehabt hätte, durch seine eigene Autorität zu befehlen, wie die Welt künftig regiert werden, und wer regieren soll. Jedes Alter und Geschlecht ist und muß (in Sache des Rechts) eben so frei seyn, für sich selbst in allen Fällen zu handeln, als die

vorhergehenden Alter und Geschlechter. Die Eitelkeit und Anmaßung, im Grabe noch zu regieren, ist die lächerlichste und unverschämteste Tyrannei. Menschen haben kein Eigenthum auf Menschen, und kein Geschlecht hat ein Eigenthum auf die folgenden Geschlechter.

In dem ersten Theil der *Rechte des Menschen* habe ich von der erblichen Regierung gesprochen, und ich will hier diesen Gegenstand mit einem Auszug dessen beschließen, was in diesem Werk unter den beiden folgenden Kapiteln steht.

„Erstlich, von dem Recht einer Familie, sich mit erblicher Gewalt zu bekleiden, und als solche festzusetzen.“

„Zweytens, von dem Recht einer Nation, einer einzigen Familie erbliche Gewalt zu geben.“

„Was das erstere betrifft, daß sich nemlich eine Familie durch ihre eigne von der Nation unabhängige Autorität mit erbli-

cher Gewalt bekleidet und festsetzt, so werden dies alle Menschen einstimmig Despotism nennen, und man würde ihren Verstand beleidigen, wenn man dies beweisen wollte."

„Aber was das andere betrifft, daß nemlich eine Nation, das heißt, ein Geschlecht, eine gewisse Familie mit erblicher Gewalt bekleidet und einführt, so scheint dies beim ersten Anblick kein Despotism zu seyn; doch wenn die Menschen einen zweyten Blick darauf werfen, und tiefer eindringen, und sich aus ihrer Person heraus an die Stelle ihrer Nachkommen setzen wollen, so werden sie dann sehen, daß die Erbfolge für andere eben derselbe Despotismus ist, den die erstern Personen für sich verwarfen. Denn die Einwilligung der folgenden Geschlechter wird dadurch ausgeschlossen, und die Ausschließung der Einwilligung ist Despotism."

„Um diese Materie mehr ins Klare zu

setzen, so wollen wir das Geschlecht betrachten, welches sich unterfängt, eine Familie mit erblicher Gewalt einzuführen, ohne auf die folgenden Geschlechter Rücksicht zu nehmen."

„Das Geschlecht, welches zuerst eine Person auserwählt, und ihn an die Spitze seiner Regierung, entweder unter dem Titel eines Königs, oder unter jeder andern Benennung, setzt, handelt nach eigener Wahl als ein freyer Agent für sich selbst, die Wahl mag weise oder närrisch seyn. Die Person, die an die Spitze gesetzt wird, ist *nicht erblich*, sondern ausgewählt und dahin gestellt, und das Geschlecht, welches ihn dazu erhebt, lebt nicht unter einer erblichen, sondern unter einer selbstgewählten Regierung. Würde die an die Spitze gestellte Person, und das Geschlecht, welches sie dahin setzte, immer und stets leben, so würde dies nie eine erbliche Regierung werden, folglich kann erbliche Re-

gierung nur nach dem Tode der ersten Parthien statt finden."

„Da also für das erste Geschlecht keine erbliche Regierung statt findet, so müssen wir nun den Karakter betrachten, nach welchem dieses Geschlecht gegen das neue anfangende Geschlecht, und gegen alle folgenden Geschlechter handelt."

„Es maßt sich einen Karakter an, zu dem es durchaus kein Recht hat; denn es wirft sich in seiner Stelle als Gesetzgeber zu einem Testamentmacher auf, und bemüht sich, einen letzten Willen und ein Testament aufzusetzen, welches die Regierung vermacht, und nach dem Tode der Testamentsentwerfer seine Wirkung haben soll; er versucht nicht bloß, den folgenden Geschlechtern eine neue Regierungsform, die von der, unter welcher es selbst lebte, verschieden ist, zu vermachen, sondern auch festzugründen. Jenes Geschlecht lebt, wie schon bemerkt ist, nicht unter einer erblichen, sondern unter einer

selbst gewählten Regierung, und nun unterfängt es sich, kraft eines aufgesetzten letzten Willens und Testaments, wozu es keine Autorität hat, dem neu anfangenden und allen künftigen Geschlechtern das Recht und die Freiheit im Handeln, kraft welcher es selbst handelte, zu nehmen."

„In welchem Licht sich auch die Erbfolge zeigt, die auf den Willen und das Testament voriger Geschlechter gegründet ist, so ist beides strafwürdig und ungereimt. *A* kann keinen letzten Willen aufsetzen, dem *B* sein Eigenthum zu nehmen, und es an *C* zu geben; und doch ist so die Art und Weise beschaffen, wie das, was man durch Gesetz eingeführte Erbfolge nennt, verfährt. Ein gewisses Geschlecht setzt einen Willen unter der Form eines Gesetzes auf, die Rechte den neu anfangenden und allen künftigen Geschlechtern zu nehmen, und diese Rechte einer dritten Person zu übertragen, welche hernach weiter geht, und sich, zu-

folge der unerlaubten Uebertragung, der Regierung anmaßt."

Die Geschichte des englischen Parlements stellt ein Beispiel dieser Art auf: es verdient ins Gedächtniß gerufen zu werden, weil es einen Beweis der größten Unwissenheit in der Gesetzgebung und des größten Mangels aller Grundsätze abgiebt, den man nur in der Geschichte irgend eines Landes finden kann. Die Sache ist folgende:

Das englische Parlament von 1688. holte einen Mann und seine Frau, *Wilhelm* und *Marie* aus Holland, und machte sie zum König und zur Königin von England. Nachdem dies geschehen war, so machte das genannte Parlament ein Gesetz, wodurch die Landesregierung den Erben des *Wilhelm* und der *Marie* in folgenden Worten übertragen wurde: „Wir die geistlichen und weltlichen Lords und Gemeinen unterwerfen im Namen des englischen Volks uns, unsere Erben und Nachkommen demüthigst

„und getreulich dem Wilhelm und der Marie, ihren Erben und Nachkommen auf immer.“ Und in einem nachfolgenden von Edmund Burke zitierten Gesetz bindet das genannte Parlement im Namen des damals lebenden Volks *das genannte Volk, ihre Erben und Nachkommen an Wilhelm und Marie, an deren Erben und Nachkommen bis an das Ende der Welt.*

Es ist nicht genug, daß wir über die Unwissenheit solcher Gesetzgeber lachen; sondern es ist nothwendig zu zeigen, wie sie von allen Grundsätzen entblößt waren. Die verfassunggründende Versammlung von Frankreich im Jahr 1789 fiel in den nemlichen Fehler, wie das Parlement von England, und maßte sich an, die Erbfolge in der Familie der Capets als einen Constitutionsartikel festzusetzen. Daß jede Nation das Recht habe, sich *für die gegenwärtige Zeit* nach ihrem Gefallen zu regieren, muß allerdings zugegeben werden; allein Regie-

rung durch Erbfolge findet nur für einen andern Volksstamm, aber nicht für sich selbst statt; und da die, auf welche dies sich bezieht und Einfluß hat, noch nicht existiren oder minderjährig sind, so giebt es kein Recht, für sie so etwas festzusetzen; sich ein solches Recht anmaßsen, heißt Verrath an den Rechten der Nachkommenschaft.

Ich beschliesse hiemit die Beweise gegen die Erbfolgeregierung, und gehe zu der Regierung durch Erwählte oder Stellvertreter über, die noch kürzer, *Stellvertretungsregierung* im Gegensatz der *erblichen Regierung* genannt werden kann.

Falls man also ausschließungsweise untersucht, ob die *erbliche Regierung* kein Recht zu existiren habe, und es beweislich ist, daß sie keins hat, so giebt man eben dadurch die *Stellvertretungsregierung* zu.

Bei Betrachtung der Wahl- oder Stellvertretungsregierung wollen wir uns nicht

damit aufhalten, zu untersuchen, wann, oder wie, oder durch welches Recht sie anfieng. Ihr Ursprung ist immer klar. In dem Menschen selbst liegt der Ursprung und die ewige Gewissheit des Rechts. Es gehört ihm allein dadurch, *dass er ist*, und seine Person ist die Urkunde desselben.

Die wahre und einzig wahre Grundlage der Stellvertretungsregierung ist *Gleichheit der Rechte*. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine Stimme, aber nicht auf mehr, zur Wahl der Stellvertreter. Der Reiche hat nicht mehreres Recht, den Armen von dem Stimm- oder Wahlrecht und von der Erwählbarkeit auszuschliessen, als der Arme den Reichen; und wo und von welcher Seite es auch je versucht und vorgeschlagen wird, so bleibt es immer eine Handlung der Gewalt und nicht des Rechts. Wer ist der, welcher den andern ausschliessen wollte? Dieser andere hat dasselbe Recht, jenen auszuschliessen.

Was man heutzutage Aristokratie nennt, schließt Ungleichheit der Rechte in sich. Aber wer sind die Personen, welche ein Recht haben, diese Ungleichheit einzuführen? Will der Reiche sich selbst ausschliessen? Nein. Will der Arme sich selbst ausschliessen? Nein. Durch welches Recht kann also einer ausgeschlossen werden? Es ist noch eine Frage, ob irgend ein Mensch oder eine Klasse von Menschen ein Recht haben, sich selber auszuschliessen; doch dies mag seyn wie es wolle, sie können wenigstens nicht das Recht haben, andre auszuschliessen. Der Arme wird ein solches Recht dem Reichen nicht übertragen, und der Reiche nicht dem Armen; sich dessen also anzumassen, heisst nicht bloß, sich willkührliche Gewalt, sondern sich das Recht anmassen, Räuberei zu begehen. *Persönliche Rechte*, zu denen das Recht, seine Stimme zur Wahl der Stellvertreter zu geben, gehört, sind eine *Art Eigenthum*.

der heiligsten Art; und derjenige, welcher sein Geldeigenthum dazu anwenden, oder den Einfluss, den ihm dieses giebt, dazu mißbrauchen wollte, den andern aus dem Besitz seiner Rechte zu stoßen, und sie ihm zu rauben, braucht das Geldeigenthum wie er Feuergewehre brauchen würde, und verdient, daß es ihm genommen werde.

Ungleichheit der Rechte entsteht durch einen Bund des einen Theils der Glieder einer Gesellschaft, den andern Theil von ihren Rechten auszuschliessen. Wo es auch immer zum Konstitutionsartikel oder Gesetz gemacht wird, daß das Recht zu stimmen, zu wählen, und erwählt zu werden, ausschliessend denen Personen gehören soll, die ein gewisses Eigenthum, es sey nun so gering oder so groß als es wolle, besitzen, so ist dies ein Bund von Personen, die dieses Eigenthum besitzen, die andern, die nicht eben so viel haben, auszuschliessen; sie bekleiden sich selbst mit Ausschluss aller übrigen

gen

gen mit Gewalten als ein selbst geschaffner Theil der Gesellschaft.

Es wird immer als zugestanden angenommen, daß die, welche sich der Gleichheit der Rechte widersetzen, niemals der Meinung sind, daß die Ausschliessung an ihnen selbst statt finden solle; und in diesem Gesichtspunkt ist die Aristokratie, wenn man die Eitelkeit der Sache verzeiht, ein Gegenstand des Lachens. Diese sich selbst schmeichelnde Eitelkeit wird durch eine andere nicht weniger eigennützige Idee noch mehr belebt; diese Menschen, die sich der Gleichheit der Rechte widersetzen, glauben nemlich, daß sie ein glückliches Spiel spielen, in welchem sie nur gewinnen, aber nicht verlieren können: daß in jedem Fall die Lehre der Gleichheit sie mit einschließt, und daß, wenn sie nicht mehrere Rechte, als die, denen sie sich entgegensetzen, und die sie ausschliessen wollen, erhalten können, sie nicht weniger haben werden.

Diese Meinung ist schon vielen Tausenden verderblich gewesen, die, mit *gleichen* Rechten nicht zufrieden, so lange mehr gesucht haben, bis sie sie alle verlohren, und an sich selbst die entehrende *Ungleichheit* erfahren, welche sie auf andere heften wollten.

Man mag die Sache betrachten, wie man will, so ist es gefährlich und unpolitisch, bisweilen lächerlich und immer ungerecht, Eigenthum zum Kriterium des Stimmrechts zu machen. Wenn die Summe oder der Werth des Eigenthums, an welches dieses Recht gebunden wird, beträchtlich ist, so wird dadurch die Mehrheit des Volks ausgeschlossen, und durch ein gemeinschaftliches Interesse gegen die Regierung und gegen die, welche sie aufrecht halten, verbunden, und da die Macht immer in den Händen der Mehrheit liegt, so können sie eine solche Regierung und ihre Aufrechthalter stürzen, wenn es ihnen gefällt.

Wenn zur Vermeidung dieser Gefahr ein geringes Eigenthum als das Kriterium des Stimmrechts bestimmt wird, so wird die Freiheit erniedrigt, indem man sie vom Zufall und unbedeutenden Dingen abhängen läßt. Wenn ein Mutterpferd glücklicherweise ein Füllen oder Maulthier wirft, welches die erforderliche Summe werth ist, erhält dadurch der Eigenthümer desselben das Recht seine Stimme zu geben, oder verliert er es durch den Tod des Thieres, in welchem der Ursprung eines solchen Rechts liegt? Liegt es in den Menschen, oder in dem Maulthier? Wenn wir bedenken, auf wie mancherlei Wegen Eigenthum ohne Verdienst erworben, und ohne Verbrechen verlohren wird, so sollten wir die Idee, Eigenthum zum Kriterium von Rechten zu machen, gänzlich ausrotten.

Allein das Beleidigende dieser Sache besteht darin, daß diese Ausschließung von dem Recht, seine Stimme zu geben, dem

moralischen Karakter der ausgeschlossenen Personen einen Flecken aufdrückt, und dies ist etwas, wozu kein Theil der Gesellschaft gegen den andern das Recht hat. Keine äußerliche Umstände können dies rechtfertigen; Reichthum ist kein Beweis eines moralischen Karakters, und Armuth kein Beweis eines Mangels desselben. Im Gegentheil, Reichthum ist oft ein vermuthliches Zeugniß von Unredlichkeit, und Armuth ein negatives Zeugniß von Rechtschaffenheit. Wenn aber Eigenthum, es sey gering oder groß, zum Kriterium gemacht wird, so sollten auch die Mittel, durch welche dieses Eigenthum erworben worden ist, zum Kriterium gemacht werden.

Der einzige Fall, wo die Ausschließung von dem Stimmrecht mit der Gerechtigkeit bestehen kann, würde der seyn, wo man damit auf eine gewisse Zeit diejenigen bestrafe, welche vorschlagen würden, andern dieses Recht zu nehmen. Das Recht,

zur Erwählung der Stellvertreter seine Stimme zu geben, ist das *ursprüngliche Recht*, durch welches andere beschützt werden. Wenn man dieses Recht wegnimmt, so setzt man den Menschen in Sklaverei, denn Sklaverei besteht darin, dem Willen eines andern unterworfen zu seyn, und der, welcher nicht das Recht hat, zur Wahl der Stellvertreter seine Stimme zu geben, befindet sich in diesem Fall. Der Vorschlag aber, irgend einer Klasse von Menschen ihre Freiheit zu rauben, ist eben so strafwürdig als der Vorschlag, das Eigenthum wegzunehmen. Wenn wir von Rechten sprechen, so sollten wir damit allemal die Idee von Pflichten verknüpfen, denn Recht wird wechselseitig Pflicht. Das Recht, welches ich genieße, wird meine Pflicht, dasselbe dem andern, und dessen Pflicht, es mir zu erhalten, und diejenigen, welche die Pflicht verletzen, sind des Rechts billig verfallen.

Betrachtet man die Sache von der po-

litischen Seite, so steht die Kraft und die dauernde Sicherheit der Regierung in Verhältniß mit der Zahl des Volks, die bei ihrer Aufrechthaltung interessirt ist. Die wahre Politik aber besteht darin, das ganze Volk durch Gleichheit der Rechte zu interessiren, denn die Gefahr entspringt von den Ausschliessungen. Es ist möglich, Menschen von dem Stimmrecht auszuschliessen, allein es ist unmöglich, sie von dem Recht, sich gegen diese Ausschliessung zu empören, auszuschliessen; und wenn alle andere Rechte (die politischen und die bürgerlichen Rechte) ihnen genommen sind, dann ist das Recht der Rebellion vollkommen.

Weil Menschen überredet werden können, daß sie keine Rechte hätten, oder daß nur einer gewissen Klasse von Menschen Rechte gehörten, oder daß Regierung eine Sache sey, die durch sich selbst existire, so war es nicht schwer, sie durch Autorität zu

regieren. Die Unwissenheit, in der sie erhalten, und der Aberglaube, in dem sie unterrichtet wurden, gaben die Mittel dazu; allein wenn die Unwissenheit und mit ihr der Aberglaube verschwunden ist, wenn sie den Betrug einsehen, den man ihnen gespielt hat, wenn sie bedenken, daß der Landbebauer und der Manufakturist die Hauptmittel alles Reichthums sind, der in der Welt ausser dem, was die Natur freiwillig hervorbringt, existirt, wenn sie anfangen, ihre Wichtigkeit durch ihren Nutzen, und ihre Rechte als Glieder der Gesellschaft zu fühlen, alsdann ist es nicht länger möglich, sie wie vorher zu regieren. Der einmal entdeckte Betrug kann nicht wieder gebraucht werden; dies zu versuchen, würde Spott oder Zerstörung nach sich ziehen.

Es ist gewiß, daß das Eigenthum immer ungleich seyn wird. Kunstfleiß, Ueberlegenheit an Talenten, Geschicklichkeit in der Behandlung, äußerste Sparsam-

keit, glückliche Gelegenheiten, oder das Gegentheil, oder nur wenige dieser Vortheile werden immer Ungleichheit hervorbringen, ohne zu den widrig übeltönenden Namen des Geitzes und der Unterdrückung Zuflucht nehmen zu müssen; selbst dies beiseite gesetzt, so giebt es manche Menschen, die, ob sie gleich den Reichthum nicht verachten, sich nicht mit der Plackerei und den Mitteln, ihn zu erwerben, abgeben, und sich mit der Sorge für dasselbe nicht weiter beunruhigen wollen, als es ihre Bedürfnisse und ihre Unabhängigkeit erfordern, während es andere giebt, die eine Gier haben, ihn auf jedem nicht sträflichen Wege zu erwerben, und denen dies ihr einziges Lebensgeschäft ist, welches sie wie eine Religion befolgen. Alles, was in Retreff des Eigenthums erfordert wird, ist, dasselbe ehrlich zu erwerben, und nicht sträflich zu gebrauchen; allein es ist immer sträflich angewendet, wenn es zu ei-

nem Kriterium ausschliessender Rechte gemacht wird.

Bei Anstalten, die blofs Geldsachen betreffen, als eine Bank, oder eine Handelskompagnie, entstehen die Rechte der Glieder, aus denen diese Gesellschaft besteht, einzig und allein aus dem Eigenthum, welches sie hineinbringen, und es werden keine andern Rechte, als welche von diesem Eigenthum entspringen, in der Regierung dieser Kompagnie repräsentirt; diese Regierung nimmt also *von keinen andern Dingen, als von Eigenthum*, Kenntnifs.

Allein bei der Einrichtung einer bürgerlichen, nach dem Stellvertretungssystem organisirten Regierung, verhält sich die Sache ganz anders. Eine solche Regierung nimmt von *jeder Sache* und von *jedem Menschen* als ein Glied der Nationalgesellschaft Kenntnifs, er mag ein Eigenthum, oder keins haben; der Grundsatz aber ver-

langt es, daß die Stelle *jedes Menschen* und *jeder Art des Rechts* vertreten werde, von denen das Recht Eigenthum zu erwerben und zu behalten wohl eins ist, aber nicht zu den wesentlichsten derselben gehört. Der Schutz der Person eines Menschen ist heiliger, als der Schutz des Eigenthums, und ausser dem gehört schon die Fähigkeit, irgend eine Arbeit oder einen Dienst zu verrichten, wodurch er Lebensunterhalt für sich oder seine Familie erwirbt, zu der Natur des Eigenthums. Dies ist sein Eigenthum, er hat es erlangt und ist eben so sehr der Gegenstand seines Schutzes, als Sacheigenthum, was ohne diese Fähigkeit besessen wird, der Gegenstand des Schutzes für eine andere Person seyn kann.

Ich habe immer geglaubt, daß das Eigenthum, es sey groß oder gering, durch nichts so gesichert werde, als wenn man von jedem Theil der Gesellschaft, so sehr als es möglich ist, jede Ursache der Klage, und

jeden Grund zur Gewaltthätigkeit entferne; und dies kann allein durch Gleichheit der Rechte erlangt werden. Wenn die Rechte gesichert sind, so ist Eigenthum ebenfalls gesichert. Allein wenn Eigenthum ein Vorwand für ungleiche oder ausschliessende Rechte wird, so schwächt dies das Recht, Eigenthum zu besitzen und reizt zu Unwillen und Aufstand; denn es ist unnatürlich zu glauben, daß Eigenthum unter der Garantie einer Gesellschaft, die durch den Einfluß dieses Eigenthums in ihren Rechten verletzt wird, sicher seyn könne.

Nächst der Ungerechtigkeit und üblen Politik aus dem Eigenthum einen Vorwand zu ausschliessenden Rechten zu machen, ist es eine der ärgsten Ungereimtheiten, mit bloßem *Wortschall* die Idee von Eigenthum zu verknüpfen, und damit gewisse Rechte zu verknüpfen, denn wozu anders ist ein *Titel* erfunden. Die Natur giebt oft der Welt ausserordentliche Menschen, die durch Ver-

dienste und durch allgemeine Einstimmung hohen Ruhm erlangen, wie z. B. Aristoteles, Sokrates, Plato u. s. w. Diese waren wahrhaft groſse und edle Männer. Aber wenn die Regierung eine Adelmanufaktur errichtet, so ist es eben so ungereimt, als wenn sie sich unterfinge, weise Männer fabrikmäſsig verfertigen zu lassen. Ihre Adlichen sind alle wie falsches Geld anzusehen.

Dieser in Wachs bossirte Orden hat den Namen Aristokratie angenommen, dessen Widriges dadurch verringert werden würde, wenn er bloß als kindische Schwachköpfigkeit angesehen werden könnte. Wir verzeihen Possen, weil sie nichts bedeutend sind, und aus dem Grunde können wir auch die Possen der Titel verzeihen. Allein der Ursprung der Aristokratie war schlimmer als bloße Possen; er war Rauberei. Die ersten Aristokraten in allen Ländern waren Räuber, und die Aristokraten der neuern Zeiten sind Betrüger.

Es ist sehr gut bekannt, daß in England (und dasselbe wird man in andern Ländern finden) die großen Landbesitzungen, die jetzt als angeerbt behalten werden, bei der Eroberung den ruhigen Einwohnern geraubt wurden. Die Möglichkeit, solche große Landbesitzungen auf eine ehrliche Art zu erwerben, hat nicht existirt. Wenn gefragt wird, wie sie dieselben erlangt haben können, so kann man keine andere Antwort geben, als sie haben sie geraubt. Daß sie nicht durch Handel, Gewerbe, Manufakturen, Ackerbau oder durch irgend ein ehrliches Geschäft erworben wurden, ist gewiß. Wie haben sie dieselben also erlangt? Erröthe Aristokratie, deinen Ursprung zu hören, denn deine Voreltern waren Diebe. Sie waren die heutigen Robespierre's und die Jakobiner. Nachdem sie die Räuberei begangen hatten, so bemühten sie sich, das Schändliche derselben zu verwischen, indem sie ihre wirkliche Namen

unter erdichtete versteckten, die sie *Titels* nannten. So handeln die Diebe immer, sie passiren nie unter ihrem wahren Namen.

So wie ehrlich erworbnnes Eigenthum am besten durch Gleichheit der Rechte gesichert ist, eben so hängt der Schutz des übel erworbenen Eigenthums von einem Monopol der Rechte ab. Der, welcher einen andern seines Eigenthums beraubt hat, wird sich bald bemühen, ihn seiner Rechte zu entwafnen, um dieses geraubte Eigenthum zu sichern; denn wenn der Räuber Gesetzgeber wird, so hält er sich selbst für sicher. Derjenige Theil der Engländischen Regierung, welcher das Haus der Lords genannt wird, bestand ursprünglich aus Personen, welche die Räubereien, von denen ich eben gesprochen habe, begangen hatten. Dies war eine Verbrüderung, um das Eigenthum, welches sie gestohlen hatten, zu schützen.

Die Aristokratie hat aber noch ausser der Strafwürdigkeit ihres Ursprungs eine

sehr üble Wirkung auf den moralischen und physischen Charakter der Menschen. Sie schwächt, gleich der Sklaverei, die menschlichen Kräfte; denn so wie die Seele, wenn sie durch Sklaverei niedergedrückt wird, nach und nach ihre Schwungkkräfte verliert, eben so wird sie im entgegengesetzten Extrem, wenn sie durch Narrheit in die Höhe gespannt wird, unfähig, sie zu gebrauchen, und fällt in Schwachsinnigkeit. Es ist unmöglich, daß je eine Seele, die sich mit Bänder und Titel beschäftigt, Grölse besitzen könne. Das Kindische des Gegenstandes verzehret den Menschen.

Es ist zu allen Zeiten, besonders während dem Laufe einer Revolution und überhaupt so lange, bis richtige Ideen sich selbst durch die Gewohnheit bestätigen, nothwendig, daß wir unsern Patriotismus durch das Hinaufsteigen zu den Urgrundsätzen erfrischen. Dadurch, daß wir die Sachen bis zu ihrem Ursprunge verfolgen, lernen wir

sie verstehen; und indem wir diesen Weg und diesen Ursprung stets im Gesicht behalten, so vergessen wir sie nie.

Eine Untersuchung über den Ursprung der Rechte wird uns zeigen, daß *Rechte* keine *Geschenke* von einem Menschen an den andern, noch von einer Klasse von Menschen an eine andere sind; denn wer ist der, welcher der erste Geber seyn könnte, oder durch welchen Grundsatz, durch welche Autorität konnte er die zu verschenken- den Rechte besitzen? Eine Erklärung der Rechte ist weder eine Erschaffung noch Vergabung derselben. Sie ist ein Manifest des Grundsatzes, durch welchen sie existiren, von einer Auseinandersetzung dessen, was die Rechte sind, begleitet; denn jedes bürgerliche Recht hat ein natürliches Recht zu seiner Grundlage, und schließt den Grundsatz der gegenseitigen Garantie dieser Rechte eines Menschen gegen den andern in sich. Da es nun unmöglich ist, einen Ursprung

der Rechte wo anders, als in dem Ursprunge des Menschen zu entdecken, so folgt natürlich, daß *Rechte* dem Menschen durch das *Recht seiner bloßen Existenz* angehören, und daß sie also für jeden Menschen gleich seyn müssen. Der Grundsatz einer *Gleichheit der Rechte* ist also klar und einfach. Jeder Mensch kann sie verstehen, und nur dadurch, daß er seine Rechte versteht, lernt er seine Pflichten; denn wo die Menschen gleiche Rechte haben, muß jeder bald die Nothwendigkeit einsehen, daß die Beschützung der Rechte der andern die wirksamste Sicherstellung seiner eignen Rechte ist. Wenn wir nun bei der Entwerfung einer Grundverfassung von dem Grundsatz dergleichen Rechte abweichen, oder eine Abänderung darin versuchen, so gerathen wir in ein Labyrinth von Schwierigkeiten, aus dem es keinen andern Ausweg, als durch Zurückzug giebt. Wo ist der Punkt, wo wir stehen bleiben sollen? Oder durch wel-

chen Grundsatz finden wir diesen Punkt heraus, auf welchen eine Scheidungslinie zwischen den Menschen ein und desselben Landes, von denen ein Theil frei, und der andere nicht frei seyn wird, gezogen werden soll? Wenn Eigenthum zum Kriterium gemacht wird, so ist dies eine gänzliche Abweichung von jedem moralischen Grundsatz der Freiheit, weil dadurch Rechte an die bloße Materie geknüpft, und die Menschen zum Agenten dieser Materie gemacht werden. Das Eigenthum wird ferner dadurch ein Zankapfel, und reizt nicht bloß zum Kriege dagegen, sondern rechtfertigt ihn auch; denn ich behaupte den Grundsatz, daß wenn Eigenthum als ein Instrument gebraucht wird, denen, welche zufällig kein Eigenthum besitzen, ihre Rechte zu nehmen, so gebraucht man es zu einer eben so gesetzwidrigen Absicht, als man Feuergewehre in einem ähnlichen Falle gebrauchen würde.

Im Naturstande haben alle Menschen gleiche Rechte, aber nicht gleiche Stärke; der Schwache kann sich nicht selbst gegen den Starken schützen. Da sich dies so verhält, so besteht der Zweck der Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft darin, ein Gleichgewicht in der Stärke und eine Garantie der Gleichheit der Rechte hervorzubringen. Die Gesetze eines Landes, wenn sie gut gemacht sind, haben dies zur Absicht. Jeder Mensch erhält den Arm des Gesetzes zu seinem Schutz, der bei weitem kräftiger ist als sein eigener, und deswegen hat jeder Mensch ein gleiches Recht zur Bildung der Regierung und des Gesetzes, von welchem er regiert und gerichtet wird. In großen Staaten und bürgerlichen Gesellschaften, wie Amerika und Frankreich, kann dieses Recht in dem Individuellen nur durch Uebertragung, das heißt, durch Wahl oder Stellvertretung ausgeübt werden, und hieraus ent-

sprang die Einrichtung der Stellvertretungs-Regierung.

Bis hieher habe ich mich bloß auf die Grundsätze eingeschränkt: *Erstlich*, daß *erbliche Regierung* kein Recht zu existiren hat. Daß sie auf keinen Grundsatz des Rechts gegründet werden kann, und daß sie eine Verletzung aller Grundsätze ist. *Zweitens*, daß die *Wahl- oder Stellvertretungsregierung* ihren Ursprung in den natürlichen und ewigen Rechten des Menschen habe, denn ob der Mensch sein eigener Gesetzgeber ist, wie er es im Naturstande seyn würde, oder ob er seinen Theil der gesetzgebenden Souverainität in seiner eignen Person ausübt, wie dies in kleinen Demokratien statt finden kann, wo sich alle zur Bildung der Gesetze, von denen sie regiert werden, versammeln können, oder ob er ihn bei der Wahl derjenigen Personen ausübe, welche seine Stelle in der Nationalversammlung der Stellvertreter vertreten, das

ist alles gleich, denn der Ursprung des Rechts ist in allen Fällen derselbe. Die erste Art, wie schon bemerkt worden ist, hat einen Mangel an Macht; die andere ist nur in kleinen Demokratien ausführbar; die dritte ist der grösste Maasstab, nach welchem menschliche Regierung eingerichtet werden kann.

Auf die *Grundsätze* folgen zunächst die Sachen der *Meinungen*, und da ist es nöthig, zwischen beiden zu unterscheiden. Ob die Rechte des Menschen gleich seyn sollen, ist nicht eine Sache der Meinung, sondern des Rechts, und folglich des Grundsatzes; denn die Menschen erhalten ihre Rechte nicht als Verwilligungen einer von dem andern, sondern ein jeder durch sich selbst. Die bürgerliche Gesellschaft ist der Vormund, aber nicht der Ertheiler derselben. Und da in grossen Staaten, als Amerika und Frankreich, das Recht jedes Individuums im Betreff der Regierung nicht anders, als durch Wahl und

Stellvertretung ausgeübt werden kann, so folgt daraus, daß das einzige mit dem Grundsatz übereinstimmende Regierungssystem da, wo einfache Demokratie nicht ausführbar ist, das Stellvertretungssystem sey. Allein was den organischen Theil, oder die Art und Weise betrifft, nach welcher die verschiedenen Theile der Regierung eingerichtet und zusammengesetzt werden sollen, dies alles ist bloß *Sache der Meinung*. Es ist nothwendig, daß alle Theile dem *Grundsatz dergleichen Rechte* gemäß eingerichtet sind; und so lange man diesen Grundsatz religiös befolgt, kann weder ein sehr wesentlicher Irrthum statt finden, noch kann ein Irrthum in der Sache, die bloß Meinungsache ist, lange dauern.

In allen Meinungssachen befiehlt der gesellschaftliche Vertrag oder der Grundsatz, auf welchem die bürgerliche Gesellschaft beruht, daß die Mehrheit der Meinungen die Regel für das Ganze wird, und daß die

Minderheit derselben praktischen Gehorsam leiste. Dies stimmt vollkommen mit dem Grundsatz der gleichen Rechte überein: denn, erstlich, hat jeder Mensch das *Recht*, *seine Meinung zu geben*, aber kein Mensch hat das Recht, nach seiner Meinung *alle übrigen zu regieren*: zweitens läßt sich nicht voraussetzen, daß es im voraus bekannt seyn werde, auf welche Seite irgend einer Frage, ob für oder dawider, sich die Meinung eines Menschen neigen werde. Es kann sich ereignen, daß er über manche Fragen zur Mehrheit, über andere zur Minderheit tritt, und er muß nach derselben Regel, nach der er in dem einen Fall Gehorsam erwartet, in dem andern Gehorsam leisten.

Alle Unordnungen, welche in Frankreich während dem Lauf der Revolution entstanden sind, haben ihren Ursprung nicht in dem *Grundsatz der gleichen Rechte*, sondern in der Verletzung dieses Grundsatzes.

Der Grundsatz der gleichen Rechte ist wiederholentlich verletzt worden, und zwar nicht von der Mehrheit, sondern von der Minorität, und *diese Minorität beständ eben so gut aus Menschen, die Eigenthum besaßen, als aus solchen, die keins hatten. Eigenthum ist also, selbst nach der eben gemachten Erfahrung, eben so wenig ein Kriterium des Karakters, als der Rechte.* Es kann sich bisweilen ereignen, daß die Minorität recht, und daß die Mehrheit unrecht hat, allein sobald die Erfahrung beweist, daß sich dies wirklich so verhält, so wird die Minorität zur Mehrheit anwachsen, und der Irrthum wird durch die ruhige Wirkung der Meinungsfreiheit und der Gleichheit der Rechte von sich selbst fallen. Nichts kann einen Volksaufstand rechtfertigen, und nie kann derselbe je nothwendig seyn, wo die Rechte gleich und die Meinungen frei sind.

Wenn also der Grundsatz der gleichen Rechte als die Grundlage der Revolution und folglich der Staatsverfassung angenommen ist, so wird der organische Theil oder die Art und Weise, wie die verschiedenen Zweige der Regierung in der Staatsver-

fassung eingerichtet werden sollen, bloß Sache der Meinung, wie bereits gesagt worden ist.

Bei einer Frage dieser Art werden sich verschiedene Methoden zeigen, und obgleich aus der Erfahrung noch nicht bestimmt werden kann, welche Methode die beste sey, so ist, glaube ich, hinlänglich entschieden, welche die schlimmste sey. Diejenige ist die schlimmste, welche in ihren Berathschlagungen und Entscheidungen der Ueber-eilung und der Leidenschaft eines Individuums unterworfen ist; und wenn die ganze gesetzgebende Macht in einem Körper, in einer Versammlung ruht, so ist dies ein Individuum in Masse. Es ist nothwendig, daß für alle Berathschlagungsfälle noch eine zweite Versammlung da sey, und es würde besser seyn, die Versammlung der Stellvertreter durchs Loos in zwei Abschnitte zu theilen, wovon jeder die Beschlüsse des andern nachsähe und verbesserte, als daß die ganze Versammlung zusammensitzen und zusammen berathschlagen sollte.

Die Stellvertretungsregierung ist nicht nothwendig an eine einzige besondere Form gebunden. Der Grundsatz ist in allen For-

men, unter welchen es eingerichtet werden kann, der nemliche. Die gleichen Rechte des Volks sind die Wurzel, aus der das Ganze sproßt, die Zweige können geordnet seyn, je nachdem die gegenwärtige Meinung, oder die zukünftige Erfahrung es am besten zeigen wird. Was das *Hospital der Unheilbaren* (wie es Chesterfield nennt), das brittische Haus der Lords betrifft, dies ist ein durch Verderbnis hervorgebrachter Auswuchs, und hier findet sich zwischen den Zweigen der gesetzgebenden Macht, die aus den Rechten des Volks entspringt, und dem vorgenannten Hause der Lords nicht mehr Verwandtschaft und Aehnlichkeit, als zwischen einem regelmäsig gebauten Gliede des menschlichen Körpers und einer eiternden Geschwulst.

Was den Zweig der Regierung betrifft, welcher der *ausübende* (exekutive) genennt wird, so ist es zuvor nöthig, den Sinn des Worts genau zu bestimmen.

Die Regierung kann nur in zwei Zweige eingetheilt werden; erstlich in den Zweig, die Gesetze zu wollen und zu machen; zweitens in den Zweig, die Gesetze zu vollziehen und in Ausübung zu bringen. Der er-

stere entspricht den intellektuellen Kräften des menschlichen Geistes, welcher überlegt und bestimmt, was gethan werden soll; der zweite, den mechanischen Kräften des menschlichen Körpers, der den Beschluß des Geistes in Ausübung bringt. Wenn der erstere entscheidet, und der letztere diesen Entscheidungen nicht gemäß handelt, so ist dies ein Zustand von Schwäche; und wenn der letztere ohne vorgängige Beschließung des erstern handelt, so ist dies ein Zustand von Wahnsinn. Das ausübende Departement steht dem gesetzgebenden zu Gebote, und ist demselben so untergeordnet, wie der Körper dem Geiste im gesunden Zustande; denn es ist unmöglich, eine Idee von zwei Souveränitäten zu fassen, eine Souveränität zu *wollen*, und eine Souveränität zu *handeln*. Das ausübende Departement hat nicht die Vollmacht zu berathschlagen, ob sie handeln soll oder nicht; es hat keine Autorität, in diesem Fall nach Gutbefinden zu entscheiden, denn sie kann *nichts anders thun*, als was das Gesetz vorschreibt, und sie ist *verpflichtet*, demselben gemäß zu handeln; und aus diesem Gesichtspunkt genommen, so besteht der ausübende Zweig

aus allen der Gesetzgebung zu Gebothe stehenden Departements, welche die Gesetze vollziehen, von denen dasjenige, welches das Justizdepartement genennt wird, das erste ist.

Viele haben geglaubt, daß eine *Art von Autorität* nothwendig sey, um über die Vollziehung der Gesetze die *Oberaufsicht zu haben*, und dahin zu sehen, daß denselben pünktlich nachgelebt werde; aus der Verwechselung dieser die Oberaufsicht führenden Autorität mit der Gesetzgebung zu Gebothe stehenden oder dienstbaren Vollziehung ist die Verwirrung entstanden, in der wir uns über den Ausdruck *vollziehende Gewalt* befinden. Alle Zweige in den Regierungen der vereinigten Staaten von Amerika, welche *die vollziehenden* genannt werden, sind nichts anders, als Autoritäten, um über die Vollziehung der Gesetze zu wachen; und sie sind von der gesetzgebenden Gewalt so unabhängig, daß sie dieselbe nur durch die Gesetze kennen, und von derselben durch kein anders Medium kontrollirt, oder geleitet werden können.

Auf welche Art diese Oberaufsicht führende Autorität eingerichtet und zusammengesetzt seyn soll, ist eine Sache, die bloß

von der Meinung abhängt. Der eine zieht diese, der andere jene Art vor, und in allen Fällen, wo es bloß Meinungen und nicht Grundsätze betrifft, da macht die Mehrheit der Meinungen die Regel für alle. Indessen giebt es doch einige aus der Vernunft fließende und durch die Erfahrung bewiesne Sachen, welche unsern Entschluß hierüber leiten können. *Einmal*, man muß nie ein Individuum mit ausserordentlicher Gewalt bekleiden; denn nicht zu gedenken, daß diese Person versucht werden kann, die anvertraute Gewalt zu missbrauchen, so kann Streit und Bewegung in der Nation um dieses Amtes willen erregt werden. *Zweitens*, man muß eine Gewalt nie auf lange Zeit in den Händen einer Anzahl von Individuen lassen. Die Nachtheile, welche oftmalige Veränderungen der Personen nach sich ziehen können, sind weniger zu fürchten, als die Gefahr, welche aus der zu langen Dauer derselben in den Staatsämtern entsteht.

Ich will diese Abhandlung damit beschliessen, daß ich einige Beobachtungen über die Mittel, die *Freiheit zu erhalten*, mittheile, denn es ist nicht bloß nothwendig,

sie zu gründen , sondern auch sie zu erhalten.

Erstlich ist es nothwendig , daß wir zwischen den Mitteln , welche zum Sturz des Despotism gebraucht werden , um den Weg zur Gründung der Freiheit zu bahnen , und den Mitteln , die nach dem Sturz des Despotism angewendet werden , einen Unterschied machen.

Die in dem ersten Fall angewandten Mittel werden durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt ; sie bestehen im Allgemeinen in Volksaufständen ; denn so lange die gegründete Regierung des Despotism in einem Lande dauert , so ist es schwerlich möglich , daß irgend ein anderes Mittel gebraucht werden kann. Es ist also gewiss , daß im Anfange einer Revolution die revolutionäre Parthei sich eine *nach Gutbefinden eingerichtete Ausübung der Gewalt* , die mehr nach den Umständen , als nach Grundsätzen eingerichtet ist , erlaubt ; sollte aber diese Gewalt in der Ausübung fortdauern , so würde Freiheit nie gegründet , oder wenn sie es wäre , bald umgestürzt werden. Es steht niemals bei einer Revolution zu erwarten , daß jeder Mensch

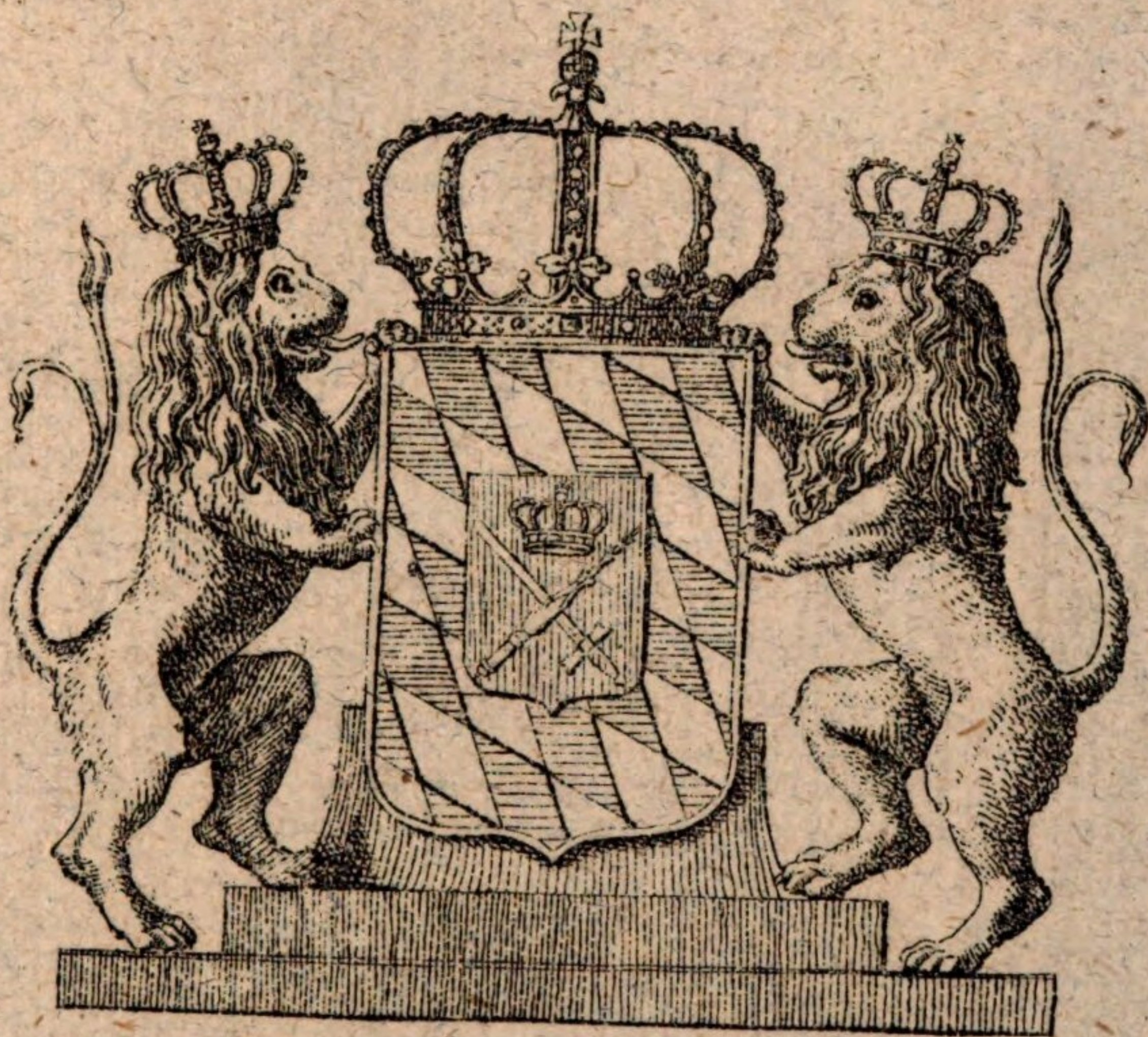
seine Meinung in demselben Augenblick ändern. Es gab noch nie eine Wahrheit, oder einen Grundsatz, die so unwidersprechlich deutlich waren, daß sie alle Menschen auf einmal geglaubt hätten. Zeit und Vernunft müssen miteinander zur gänzlichen Feststellung eines Grundsatzes zusammen wirken; und die, welche zuerst dahinkommen von demselben überzeugt zu werden, haben kein Recht, andere, bei denen die Ueberzeugung langsamer wirkt, zu verfolgen. Der moralische Grundsatz der Revolution ist zu unterrichten, nicht zu zerstören.

Wenn vor zwei Jahren eine Konstitution gegründet worden wäre (wie es hätte geschehen sollen), so würden die Gewaltthätigkeiten, die seitdem in Frankreich gewüthet, und den Karakter der Revolution geschändet haben, meiner Meinung nach verhindert worden seyn. Die Nation würde alsdann ein Vereinigungsband gehabt, und jedes Individuum würde die Regel seines Benehmens, die es zu befolgen hatte, gekannt haben. Allein statt dieses wurde eine revolutionäre Regierung, ein Ding ohne Grundsatz und Autorität, an deren Stelle gesetzt; Tugend und Verbrechen

hängen von Zufällen ab, und was den einen Tag Patriotism war, wurde den nächstfolgenden Verrätherei. Alle diese Dinge entstanden aus Mangel einer Konstitution; denn es ist die Natur und die Absicht einer Constitution, *zu verhindern, daß keine Partheien regieren*, indem sie einen gemeinschaftlichen Grundsatz festsetzt, der die Macht und den Drang der Partheien beschränken und mäßigen soll, und der zu allen Partheien sagt, *so weit sollst du gehen und nicht weiter*. Allein in der Abwesenheit einer Konstitution sehen die Menschen ganz allein auf die Partheien, und anstatt, daß Grundsatz die Partheien regieren soll, regieren Partheien den Grundsatz.

Eine Begierde zu strafen, ist der Freiheit immer gefährlich. Dies führt die Menschen dahin, selbst die besten Gesetze zu verdrehen, falsch auszulegen und falsch anzuwenden. Derjenige, welcher seine eigne Freiheit sicher stellen will, muß selbst seinen Feind gegen Unterdrückung schützen; denn wenn er diese Pflicht verletzt, so stellt er ein Beispiel auf, welches an ihm selbst wiederholt werden wird.

Thomas Paine.



KÖNIGLICH BAIERISCHE HOF –
UND CENTRAL BIBLIOTHEK.

Paine, Thomas,

Über die Regierungen und die Ur-Grundsätze einer jeden derselben

Paris [1794]

Pol.g. 718 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10770177-6

VD18 14618796-001